

SCHWEINFURTER TAGEBLATT, 26.02.2005



## Kampfbereit für die Tarifrunde

Betriebsrätekonferenz von ver.di-Handel – Harte Auseinandersetzung erwartet

**SCHWEINFURT (MAU)** Ist die Gewerkschaftsbasis im Groß- und Einzelhandel trotz der für viele Beschäftigte schwierigen Situation kampfbereit? Diese Frage wollen ver.di-Funktionäre im Vorfeld der Tarifrunde 2005 klären. Ihr Fazit nach einer Konferenz betroffener unterfränkischer Betriebsräte im DGB-Haus: Sie ist es.

„Es wird sicher eine harte Tarifrunde“, sagte ver.di-Sekretär Peter König vor der Presse. Die Gewerkschaft bereite sich auf Aktionen in den Betrieben bis hin zum Streik vor, ergänzte Hubert Thiermeyer, Landesfachbereichsleiter Handel.

In der Auseinandersetzung sehen beide jedoch auch die Chance, die Rechte der Arbeitnehmer zu sichern, die durch die Entwicklung im Handel zunehmend bedroht seien. Der Einzelhandel werde von immer weniger Konzernen bestimmt, erklärte Thiermeyer. Statt sich um neue Kunden zu bemühen führten diese einen ruinösen Wettbewerb gegen die Mitbewerber, bei dem vor allem Mittelstand und kleine Einzelhändler unter die Räder kämen. „Das Geld dafür holen sich die Konzerne bei den Mitarbeitern und den Zulieferern“, betonte Thiermeyer. Die Folge: Personalabbau und eine „ungeheure Leistungsverdichtung“ für das verbliebene Personal.

In der anstehenden Tarifrunde will Thiermeyer neben einer allgemeinen Lohnerhöhung auch die Einführung von tariflichen Mindestlöhnen erreichen. Für die 200 000 Beschäftigten des bayerischen Großhandels will ver.di einen Mindestlohn von 1500 Euro und eine Erhöhung des Stundenlohns um 58 Cent, die Forderung für die 400 000 Beschäftigten des Einzelhandels wird am 15. März festgelegt. Für die Forderungen sei durchaus Spielraum vorhanden, verdeutlichte Thiermeyer,



Argumentationshilfe für die Gewerkschaftsbasis holten sich (hinten von links) ver.di-Landesfachbereichsleiter Handel Hubert Thiermeyer und Gewerkschaftssekretär Peter König bei (vorne von links) Bernd Spengler, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Sarah Bormann, Christina Deckwirth (beide WEED) und Tatjana Fuchs (Inifex-Institut).

FOTO WALTRAUD FUCHS-MAUDER

er, da trotz stagnierender Umsätze insbesondere die großen Konzerne gesteigerte Gewinne aufweisen könnten.

Bei der Tagung unter dem Motto „Globalisierung im Handel“ wollte Gewerkschaftssekretär König außerdem mit Hilfe unabhängiger Referenten der Basis Gewerkschaftsargumente näher bringen. „Glaubt nicht immer das, was ständig veröffentlicht wird“, appellierte er an die 82 unterfränkischen Betriebsräte aus den verschiedenen Sparten des Handels, viele davon aus dem Schweinfurter Raum.

Sarah Bormann und Christina Deckwirth von der globalisierungskritischen Organisation WEED (World Economy, Ecology & Development) warnten vor der geplanten EU-Richtlinie zur Liberalisierung von Dienstleistungen. Problema-

tisch sei dabei vor allem das Herkunftslandprinzip, nach dem für einen Betrieb EU-weit das Arbeits- und Tarifrecht an seinem Unternehmenssitz gilt. Dies würde eine „dramatische Abwärtsspirale“ und einen „neoliberalen Kahlschlag“ auslösen.

Die Referentinnen machten deutlich, dass bei Inkrafttreten der Richtlinie in den Betrieben unterschiedliche Sozialstandards miteinander konkurrieren würden. Bereits heute lagerten Unternehmen etwa die Tätigkeit von Kassiererinnen aus. Wenn solche Aufträge in Zukunft an polnische Betriebe gehen, würde für die von diesen in Deutschland beschäftigten Kassiererinnen polnisches Recht gelten.

Tatjana Fuchs vom Münchener Inifex-Institut analysierte die Einkommensentwicklung seit 1990. Während die Arbeitnehmer seitdem

real 4,2 Prozent weniger verdienen, hätten sich die Netto-Unternehmensgewinne verdoppelt. „Trotz Produktionswachstum, Mehrarbeit und mehr Leistung haben die Leute weniger in der Tasche“, meinte die Wissenschaftlerin. Dabei sei das Gegenteil nötig, um die Binnenwirtschaft anzukurbeln. Scharf wandte sie sich gegen Arbeitszeitverlängerungen. Eigentliches Ziel solche Forderungen sei, die ohnehin geleisteten Überstunden nicht mehr bezahlen zu müssen.

An den Beispielen Kündigungsschutz und Höchstarbeitszeit verdeutlichte der Würzburger Fachanwalt für Arbeitsrecht, Bernd Spengler, dass das deutsche Arbeitsrecht im internationalen Vergleich nicht so strikt sei, wie oft behauptet. „Wahrnehmung und Tatsache stehen in krassem Widerspruch.“